Nebraska
Staats-Anzeiger und Herold.

Erscheint jeden Donnerstag.

Herausgegeben von der
ANZEIGER-HEROLD PUB. CO.

Entered at the Post Office at Grand Island as second class matter.

Office: 109 südl. Walnut Straße
Telefon No. 1810

Abonnements-Preise:
Bei Vorausbezahlung, pro Jahr ..$1.75
Nach Europa 2.50
Nach Canada 2.00

Donnerstag, den 19. Oktober 1916.

Eigenthums - Erklärung

des „Nebraska Staats-Anzeiger und Herold" zu Grand Island, Nebraska,

Vorgeschrieben vom Gesetz vom 24. August 1912.

Redakteur: Werner Hager.
Geschäftsführer: Richard Göhring.
Herausgeber: Anzeiger - Herold Publishing Co.
Eigenthümer: Julius Leschinsky, Präsident; Hy. Schumacher, Vice-Präsident; Richard Göhring, Sekretär und Schatzmeister; Wm. Scheffel und Oscar Roeser, Direktoren; Werner Hager, Redakteur.
Bekannte Bondinhaber, Hypothekengläubiger usw.: „International Typesetting Machine Co."

Richard Göhring,
Sekretär und Schatzmeister.

Beschworen und unterzeichnet vor mir am 1. Oktober 1916.

Arthur C. Mayer,
Oeffentlicher Notar.

Prohibitions-Fehlschlag in Maine.

Brief eines hervorragenden Juristen über die Zustände.

The „Nebraska Prosperity League", Omaha, Neb.
Office: Terence B. Towle, Bangor, Maine.

8. Juli 1916.

Werthe Herren!

Ihren werthen Brief heute erhalten und bemerke Inhalt. Ich bin sehr gern bereit zu konstatiren, daß die Bevölkerung Ihres blühenden Staates ganz sicher einen großen Fehler begeht, falls dieselbe an Stelle ihres geordneten Lizens-Gesetzes die sogen. Prohibition einführt, so wie wir dieselbe in diesem Staate haben. Wir haben das Prohibitionsgesetz seit ungefähr dreißig Jahren in unseren Staatsgesetzen, und während dieser Zeit wohnte ich immer in der Stadt Bangor, welches der Countysitz von Penobscott County ist, und noch nie während dieser dreißig Jahre sind wir ohne Wirthschaften gewesen, die für Jedermann weit offen stehen.

Sie können heute in der Stadt Bangor mindestens 50 gut regulirte, reichlich ausgestattete und gut geführte Wirthschaften finden, in denen Ale und Bier an Zapf ist und verkauft wird. Sie finden eine große Auswahl Liköre, so daß Jedem nach Belieben gedient werden kann. Derselbe Zustand besteht in der Stadt Oldtown, zwölf Meilen nördlich von Bangor, und derselbe Zustand besteht in fast allen Städten des Staates. Es ist Thatsache, daß dann und wann ein scheinbarer Versuch gemacht wird, die Gesetze zu befolgen, währenddem man das Ale und Bier nicht an Zapf hat, sondern nur in Flaschen verkauft, und man macht anscheinlich Anstalten, die Wirthschaften zu schließen. Jedoch dies hält nur einige Monate an, dann ist Alles wieder beim Alten.

Sie bemerken etwas über die Wahl vor einigen Jahren, über die „Yes" und „No" Campagne. Es ist eigenthümlich, daß in den Hauptstädten des Staates die Leute, welche Spirituosen verkauften, also im Geschäft waren, direkt und indirekt mit den radikalen Temperenzleuten stimmten, das Gesetz aufrecht zu erhalten, wie's besteht. Es ist allgemein bekannt, daß von 9 aus 10, welche heute im Spirituosenhandel sind, unter einem geregelten Lizenst-System keine Lizens bekommen könnten. Es ist mehr Profit im Spirituosengeschäft unter dem bestehenden Gesetz.

Es ist allgemein bekannt, und wird von jedem rechtdenkenden Menschen bestätigt, daß unsere kleinen Ortschaften mit Litteratur von sogen. Likörhandlungen überfluthet werden, und dies gilt nicht nur von Neu-England, sondern auch von anderen Staaten. Wenn Jemand nur die große Anzahl von Packeten beobachtet, welche in unseren kleinen Orten täglich befördert werden, die sämmtlich Liköre enthalten, dann gehen ihm die Augen auf. Die zwei größten Zeitungen des Staates, „The Bangor Daily Commercial" und „The Waterville Sentinel" von Waterville, Maine, welche die Prohibitionsfrage während der letzten Wahl behandelten, könnten Ihnen die gewünschte Auskunft liefern. Falls Sie irgend weitere Auskunft über die hiesigen Zustände im östlichen Theile von Maine wünschen, stehe ich gerne zu Diensten.

Achtungsvoll
Terence B. Towle.

Canada hat 361,693 Mann unter Waffen, besagt ein amtlicher Bericht. Den größeren Theil davon aber wohl längst unter der Erde. Das ist der Krieg!

Der städtische Bakteriologe von St. Louis hat in zwei Theelöffeln voll Straßenstaub 76,329,000 von Krankheitskeimen gefunden. Muß der aber gut zählen können!

Deutsche Renegaten.

Das Recht auf eine Meinung darf keinem Menschen streitig gemacht werden. Wer Achtung für seine Ansicht beansprucht, darf dieselbe auch dem Gegner nicht verweigern, selbst wenn dessen Ansicht eine nachweisbar irrige sein sollte.

Es giebt aber allgemeine Wahrheiten, die eine Verschiedenheit der Ansichten von vornherein ausschließen. Und es giebt allgemeine Pflichten, denen sich kein Mensch entziehen darf, und falls er sich derselben dennoch entzieht, sollte er zumindest das Billigkeitsgefühl besitzen, Pflichtverletzung nicht als Tugend zu predigen und deren Nachahmung anzuempfehlen.

In deutschen Kreisen herrscht darüber kein Zweifel, daß das Deutschthum in Amerika durch Woodrow Wilson in der schmählichsten Weise beleidigt worden ist. Auch darüber herrscht kein Zweifel, daß die Beleidigung von dem Deutschthum in seiner Gesammtheit zurückgewiesen werden muß. Nun mögen sich immerhin einzelne Deutsche finden, welche die Beleidigung nicht so tief empfinden als Andere, aber es sollte keinen einzigen Deutschen geben, der dem Beleidiger des Deutschthums das Wort redet und die Beleidigten um die Fahne des Beleidigers zu schaaren sucht. Eine solche That ist das häßlichste Renegatenthum und noch häßlicher, falls deutsche Zeitungen sie vollziehen, wie dies bereits schon vorgekommen ist. Eine deutsche Zeitung in Amerika ist verpflichtet, für das Deutschthum einzutreten und jede ungerechte Anschuldigung desselben in der schärfsten Weise zurückzuweisen. Thut sie dies nicht, stellt sie sich vielmehr noch in den Dienst des Beleidigers, dann mag sie immerhin eine in deutscher Sprache geschriebene Zeitung sein, eine deutsche Zeitung ist sie nicht.

Der Vorsitzer des demokratischen National-Comites brüstet sich damit, daß drei deutsche Zeitungen, eine Buffaloer, eine Dakotaer Zeitung sowie die Chicago Abendpost, trotz alledem und alledem für Woodrow Wilson eintreten. Aus 450 deutschen Zeitungen drei. Wahrhaftig nicht sehr ermuthigend für Wilson und wahrhaftig um so mehr beschämend für die drei Zeitungen, die in offenem Widerspruch zu der überwältigenden Mehrheit der deutschamerikanischen Bürger handeln.

Aber es giebt auch einzelne bekanntere deutschamerikanische Bürger, die die dem Deutschthum angethane Schmach nicht nur nicht empfinden, was eigentlich eine Privatsache ist, sondern als Bürger deutscher Abkunft für Wilson öffentlich demonstriren, wie ein gewisser deutschmerikanischer Bürger in unserer Staatshauptstadt Lincoln.

Das ist von deutscher Seite eine Beleidigung des Deutschthums. Der betreffende Herr kann als Privatbürger Demokrat, Sozialist und Anarchist sein, er versündigt sich aber an dem Deutschthum, indem er sein Deutschthum für den Beleidiger des Deutschthums auf ein Präsentirbrett legt.

Glücklicherweise giebt es solcher Renegaten nur wenige. Aus 450 Zeitungen nur drei, und aus Millionen deutschamerikanischer Bürger ein armseliges Bäckerdutzend.

Versäumt nicht zu registriren!

Die Nationalwahl am 7. November ist eine der wichtigsten seit Bestehen der Union.

Jeder muß registrirt sein, wenn er stimmen will.

Für die Vereinigten Staaten wird das Wahlergebnis von entscheidenster Bedeutung sein.

Es handelt sich darum, ob wir ein selbstständiges Volk bleiben sollen, oder ein Land unter dem Kommando England's.

Der britische Einfluß strebt mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin, unsere Regierung für ihr Raubsystem unterthänig zu machen.

Laßt uns für einen wahren Amerikaner, Herrn Charles E. Hughes, stimmen.

Die Office des Stadtclerk ist jeden Tag Vormittags 9 bis 12 und Nachmittags 2 bis 5 Uhr, außerdem am Samstag von 7 bis 9 Uhr Abends für Registration offen.

Laßt Euch registriren!

O'Leary strengt Klage an gegen Ehrabschneider.

Aus New York: Jeremiah A. O'Leary der Präsident der „American Truth Society", hat gegen Vance C. McCormick, den Vorsitzenden des demokratischen National - Ausschusses, eine Schadenersatzklage in Höhe von $50,000 angestrengt, um in Erfahrung zu bringen, ob es disloyal ist, die Politik der Bundesregierung zu kritisiren, indem er wegen dieser Kritik disloyal genannt wurde. Herr O'Leary sagt weiter: „Durch die gegen Herrn McCormick eingeleitete Klage wünsche ich in Erfahrung zu bringen, ob der sogenannte Bindestrich den Vorwurf der Verleumdung begründet und ob er sich mit dem Amerikanismus nicht verträgt. Ferner soll auch durch ein amerikanisches Schwurgericht entschieden werden, ob es als Disloyalität bezeichnet werden kann, wenn man beim Präsidenten sich darüber beschwert, daß er die amerikanischen Rechte gegenüber von England nicht wahrte. Ebenso nehme ich gegen den infamen Vorwurf Stellung, daß irgend ein Bewerber um ein öffentliches Amt meine Stimme zurückweisen sollte oder die Stimmen von Millionen meiner Mitbürger, die genau so denken wie ich."

Herr O'Leary hat dem Präsidenten Wilson auf sein Telegramm, worin er in kurzen Worten zu verstehen giebt, daß er auf das Votum der Bindestrichler pfeift, folgende gepfefferte Antwort zukommen lassen:

„In Ihrer gestrigen Depesche sind Sie jeder von mir aufgeworfenen Frage ausgewichen. Darin haben Sie Ihre übliche Methode befolgt, eine Kontroverse mit einem Gegner zu führen. Durch indirekte Anschuldigung der Illoyalität, eine Anschuldigung, welche Sie nicht direkt zu erheben wagen, versuchen Sie den Fragen auszuweichen, welche Sie nicht beantworten können.

„Ich fordere zum Vergleich heraus, durch Abstammung und Umgebung, zwischen meinem Leben und dem Ihrigen. Während drei meiner Onkel für die Vertheidigung der Union starben, versuchten solche Ihrer Verwandten, die zu kämpfen wagten, die Union zu zerstören.

„In meiner geringen Berührung mit öffentlichen Angelegenheiten habe ich versucht, dem Rath und Beispiel Washingtons, Jeffersons, Lincolns und anderer großer Präsidenten in der Hinsicht zu folgen, daß alle Amerikaner auf gleicher Stufe stehen. Es bleibt Ihnen als Präsident vorbehalten, Ihre Mitbürger in Gruppen und Rassen und Religion zu theilen.

„Das Wort Bindestrichler hat man nie im öffentlichen Leben Amerikas gehört, bis Sie es prägten, um Ihre Gäste, wirkliche Amerikaner, bei der Weihe von Commodore Barrys Denkmal in Washington zu beleidigen, und jetzt sprechen Sie von Illoyalität. Was meinen Sie, Illoyalität gegenüber Amerika oder Illoyalität gegenüber England? Ich trete, wie die Männer meines Blutes stets gethan haben, zu Gunsten Amerikas ein gegen jede fremde Macht. Thun Sie es? Und namentlich trete ich auf gegen die gegenwärtigen Uebergriffe jener Macht, der wir unsere Freiheit in der Revolution abgerungen haben, und welche seither stets, durch Gewalt und gleißende Worte, versucht hat, sie uns wieder zu nehmen.

„Ich erhebe gegen Sie die Anschuldigung, daß Ihre auswärtige Politik. Ihre mexikanischen Verwicklungen, Ihre Handlungsweise hinsichtlich des Panamakanals, Ihr Nichteintreten für mexikanische Rechte, Ihre Hinneigung zu England, Ihre Gutheißung von Kriegsdarlehen und des Munitionshandels sämmtlich zum Nachtheil der Interessen Amerikas sind.

„Sie haben Ihren Rekord geschaffen, und kein noch so schlaues Wortspiel kann Ihre Handlungsweise mehr verändern. Sie mögen jetzt Ihre hohe Stellung ausnutzen, zu der Sie durch eine Minderheit des amerikanischen Volkes erkoren wurden, die großen Massen Ihrer Mitbürger zu schmähen, welche an dem Grundsatz festhalten, auf dem dieses große Land stets beruht hat, aber ich warne Sie, daß Sie gewogen werden, und daß Ihre Anhänglichkeit an Ihre Politik am Wahltage Ihnen die verdiente Niederlage eintreten wird.

Jeremiah A. O'Leary."

Hunderte von Briefen und Telegrammen, in denen ihm in seinem Kampfe gegen Präsident Wilsons pro-britische Politik Unterstützung zugesagt wird, erhielt Herr O'Leary, und die etwa 700 Botschaften stammten von Absendern aller Lebensstellungen. Er erklärte, daß die Illoyalitäts-Beschuldigung, die Präsident Wilson wegen der Kritik seiner pro-britischen Politik erhob, dem Präsidenten allein im mittleren Westen mehrere Hunderttausend Stimmen kosten werde.

Herr Oscar Seitz, ein deutsch-amerikanischer Journalist, erklärte, daß Herr Wilson der beste Präsident sei, welchen England je hatte.

— Die Familie Carl Tünge in der Nähe von St. Libory wurde durch die Ankunft eines kleinen Töchterchens erfreut.

Präsident über die „neue Freiheit".

Darüber äußerte sich der Präsidentschafts-Candidat Charles Evans Hughes vor einigen Tagen wie folgt:

„Wir haben viel von der neuen Freiheit gehört. Das Wort hat einen überraschenden Klang. Es bedeutet die Freiheit, die Prinzipien des Bundes-Civildienstes zu opfern, zu deren Währung sich unsere Gegner verpflichtet hatten; die Freiheit, von den Prinzipien des internationalen Rechtes abzuweichen, so daß persönliche Rachegelüste auf dem Wege persönlicher Diplomatie befriedigt werden konnten; die Freiheit, vor den Forderungen der Gewalt zu weichen. In diesem letzteren Fall haben wir statt der „neuen Freiheit" eine neue Sklaverei, — eine Regierung durch Raub. Der Präsident soll die Zitadelle der verfassungsmäßigen Regierung schützen. Statt dessen liefert er sie aus. Wo soll das enden?"

Hughes' Rede

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

urtheilt, die er jetzt erhält, glaubt, daß diese Prosperität anhalten wird, wird kurz nach dem Kriege aus einem schweren Traum erwachen. Die jetzige Prosperität gründet sich auf den europäischen Krieg. Die jetzige Nachfrage nach Produkten ist abnormalen Zuständen zuzuschreiben, die in Verbindung mit dem europäischen Kriege stehen. Die Millionen von Männern, die aus ihrer Friedensbeschäftigung gerissen wurden, bildeten einen tiefen Spalt im industriellen und landwirtschaftlichen Leben der Völker und dadurch wurde die größere Nachfrage in amerikanischen Produkten bedingt. Infolgedessen wächst unsere Ausfuhr enorm, so enorm, daß Niemand davon auch nur geträumt hätte. Es ist aber eine ungesunde Prosperität, die über Nacht sich wandeln mag.

Aber Amerika kann nicht auf die Dauer vom europäischen Kriege leben. Wir müssen gesunde Methoden haben, und ich erkläre hier vor Ihnen, ob Demokraten oder Republikaner daß wir der Anwendung der republikanischen Doktrin des Schutzes amerikanischer Unternehmungen bedürfen. Unsere Opponenten haben dies aus dem Auge gelassen. In ihrer Platform erklärten sie, daß die Underwood-Bill ihre Methode repräsentire. Aber diese Gesetzvorlage meint, soweit es die Landwirthschaft betrifft, die freie Liste für viele Ackerbauprodukte und ein sehr niedrigen Zoll für andere. Es ist eine dem Ackerbau feindliche Methode, entgegen den billigen Forderungen der Farmer, gegen Wettbewerb geschützt zu sein gegenüber anderen Ländern, in denen niedrigere Löhne existiren und der Lebensunterhalt billiger ist.

Bezüglich der Adamson-Bill erklärte Herr Hughes, daß dieselbe nur dazu angethan wäre, den landwirthschaftlichen Interessen einen Schlag zu versetzen. Alle Frachtraten würden erhöht werden, um den Ausfall der erhöhten Löhne zu decken. Wie in anderen Staaten, hat auch der Staat Nebraska ein Tribunal, der über die Frachtraten entscheidet und bestrebt ist, daß sich dieselben auf rechtlicher Stufe befinden. Es ist aber zwecklos, hinsichtlich dessen über Rechtlichkeit zu sprechen, wenn eine Gruppe Männer sich nach Washington begeben kann und unter Drohungen eine Erhöhung der Raten verlangt, ohne diese Forderungen zu rechtfertigen. „Meine Ansicht ist", sagte der Redner, „daß dieses Gesetz eine falsche Vorspiegelung für die Arbeiterschaft bedeutet. Ich glaube nicht, daß die Arbeiter irgend welchen Nutzen davon haben werden. Wenn durch Ausübung von Gewalt Löhne über Nacht durch Gesetzgebung gesteigert werden können, so bedarf es nur der Ausübung eines ähnlichen Druckes, um sie ebenso schnell herabzusetzen. Unter unserer Regierungsform opponire ich solcher Art Gesetzgebung, die von Kapital oder Arbeit ausgeht und Forderungen erzwingt, durch Vorstelligwerden bei der Executive oder durch irgend welche Handlungsweise seitens der Regierung, ohne die Angelegenheit erst geprüft zu haben. Es hätte zuerst die Angelegenheit untersucht werden sollen, und dann wäre es angebracht gewesen, zu handeln. Wir wollen eine rechtliche Regierung.

Zum Schluß schnitt Redner die mexikanische Frage an. Ich will hier zuvörderst einige Worte über die Friedensfrage sprechen. Es ist mir gesagt worden, daß ich als Mann des Krieges geschildert werde — daß eine Stimme für mich eine Stimme gegen den Frieden bedeutet. Ich bin erstaunt über eine solche Anschuldigung. Mein ganzes Leben war dem Friedensgedanken gewidmet sowie dem Studium und der Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung. Und ferner wurde die gleichfalls unbegründete Behauptung aufgestellt, daß die jetzige Administration sich für den Frieden erkläre. Die Situation in Mexiko giebt Anlaß zu einem Commentar. War es eine Friedenshandlung, daß man Vera Cruz nahm und Hunderte von Mexikanern erschlug, und eine Anzahl unserer Soldaten auf mexikanischem Boden fiel? War dies Friedensgesinnung?. Warum kämpften wir? Waren amerikanische Rechte im Spiel? Es war allein ein persönlicher Krieg wegen eines unbeliebten Mannes, den wir nicht anerkennen wollten, aber gegen welchen einen persönlichen Krieg zu führen und die Waffen der Ver. Staaten gegen ihn zu erheben wir kein Recht hatten. Dies ist kein Krieg auf moralischer und internationaler Kriegsbasis. Es ist kein Krieg, der Amerikaner mit Stolz erfüllt. Unsere Soldaten fielen in Carrizal, als wir einen anderen Mann als Regierungsoberhaupt anerkannten. Wie trafen keine Vorkehrungen bei der Verfolgung von Banditen, um die Grenze zu beschützen, die Eisenbahn für diesen Zweck zu gebrauchen; sondern wir gingen Hunderte von Meilen in Mexiko hinein, zwischen zwei Eisenbahnlinien, die wir nicht benutzen konnten. Unsere Kranken und Verwundeten wurden täglich unter vielen Leiden und entlang diesen Eisenbahnen, auf Wagen transportirt, ohne daß es ihnen erlaubt war, die Eisenbahn zu gebrauchen. Wie ist diese Handlungsweise zu bezeichnen? Ich stehe dafür ein, sich nicht mit Dingen zu beschäftigen, die uns nichts angehen; für die Aufrechtrhaltung amerikanisher Rechte; ich stehe dafür, daß der amerikanische Bürger, dessen Eigenthum, Leben und Handel in der ganzen Welt respektirt werden. Das bedeutet nicht Krieg, das meint Frieden und Wohlwollen für Alle..

Ich wünsche eine ökonomische und fähige Regierung der Ver. Staaten; Ich wünsche Prosperität, nicht auf der Zerstörung des Krieges beruhend, sondern auf dem Aufbau des Friedens. Wir wollen in diesem Lande vereint sein, zusammen durch Dick und Dünn gehen, aber wir wollen nicht aufwärts streben ohne den großen Geist der Vergangenheit, der die Ehre unserer Flagge aufrecht erhält, nicht als Symbol kriegerischer Art, nicht als Symbol des Kampfes. Nein, als Symbol der Kraft, die den Frieden erhält, während die Welt unsere Macht respektirt, denselben zu erhalten.

Wir erblicken in Herrn Hughes den Mann, der unserem Lande wieder inneren Frieden bringen wird. Wir erwarten von ihm ein ehrliches, furchtloses, aber unparteiisches Verhalten allen Mächten gegenüber; eine absolut neutrale und gerechte Politik. Dies Alles hat Herr Wilson nicht gethan. Wir erwarten das von ihm auf Grund seines selbstständigen und festen Charakters und seiner makellosen politischen Vergangenheit. Das er schädlichen Nebeneinflüssen nicht zugänglich war, das hat er als Gouverneur des größten Staates der Union hinlänglich bewiesen, und daraus läßt sich schließen, daß wir an ihm einen guten Präsidenten haben würden.

— Wenn man berühmt ist, darf man seine Eigenheiten zur Schau tragen; andernfalls muß man sie verbergen, oder man wird für einen Narren gehalten.

— Vertreter der „Nebraska State Association of Commercial Clubs" werden diese Woche eine Tour per Automobil durch den Staat machen, und zwar im Interesse besserer Staatsgesetze für gute Landstraßen. Die Herren werden morgen Vormittag hier ihr Erscheinen machen.

(Politische Anzeige.) (Politische Anzeige.)

SILAS R. BARTON
für Kongreßmann

Erklärt sich gegen den Stahltrust und ist für Regierungsfabriken hinsichtlich Herstellung von Stahlplatten eingetreten.

Spricht im Kongreß für Embargo von Munition und Waffen.

In seiner Prinzipienerklärung über die Hauptfragen, welche vor uns liegen, hebt Herr Barton folgende hervor:

Er erklärt sich für einen Schutzzoll, welcher durch eine Commission geregelt werden soll. Seiner Meinung nach ist die Underwood-Vorlage ein Schaden für die landwirthschaftlichen Staaten.

Er empfiehlt ein Gesetz, welches die Farmer in den Stand setzt, Regierungs-Anleihen für niedrige Zinsen zu erhalten. Ferner soll das Bewässerungs-System durch den Kongreß gefördert werden.

Er befürwortet eine größere Ausdehnung des Civildienst - und Postwesens.

Die „Preparedneß"-Vorlage betrachtet er als unnütze Frage, welche für politische Vortheile gewisser Elemente erfunden wurde.

Herr Barton verdammt den Munitions- und Waffenschacher und vereinigte sich im vorhergehenden Kongreß mit Barthold und Vollmer, dieser Mordindustrie entgegen zu steuern, und trat ferner für ein Embargo von Waffen und Munition ein. Er betonte in einer Rede im Kongreß über diese Frage, daß die Schmerzensschreie der Verwundeten und Sterbenden durch Thränen der Wittwen und Waisen ferner Länder ihren Widerhall in angehäuften Reichthümern einzelner hiesiger Spekulanten finden.

Herr Barton empfiehlt ferner, daß Regierungs-Werkstätten für die Panzerplatten-Fabrikation errichtet werden sollten, um den Monopolen die enormen Profite abzuschneiden. Er erklärt in ausführlicher Weise, auf welche Art die Pulver- und Panzerplatten-Fabrikanten die Regierung übervortheilen.

Herr Barton war einer der eifrigsten Arbeiter im Kongreß und hielt bei den Verhandlungen bis zum letzten Tage aus, wodurch er seine Wahlcampagne bei der vorigen Wahl vernachlässigte und infolgedessen mit kleiner Majorität unterlag. Es ist von besonderer Bedeutung, falls Herr Hughes als Präsident erwählt wird, daß auch die Vertretung im Kongreß Hand in Hand mit dem Präsidenten arbeitet, um die wichtigsten Tagesfragen mit Erfolg lösen zu können. Deshalb stimmt für Silas R. Barton für Kongreßmann.